

Dieter Hanauske, Die Berliner Wohnungspolitik in den 50er und 90er Jahren. Aus der Geschichte lernen?, Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 1993, 188 S., brosch., 48 DM.

Die Darstellung bietet leider keinen systematischen Vergleich der wohnungspolitischen Ausgangssituation der Nachkriegszeit in West-Berlin bis zum Mauerbau mit der Problemlage des wiedervereinigten Berlins der frühen 1990er Jahre. Als historischer Hintergrund dient lediglich eine knappe Skizze von 11 Seiten über die 1950er Jahre, basierend auf einer bisher ungedruckten geschichtswissenschaftlichen Dissertation des Verfassers von 1990 (»Bauen, bauen, bauen . . .!«: Die Wohnungspolitik in Berlin (West) 1945-1961, FU Berlin 1990; vom Verfasser angekündigt als Einzelveröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin 1993, bisher noch nicht erschienen). Der Rest des Buches besteht aus Erörterungen über Stadtplanung/Städtebau, Wohnungsbaupolitik und Wohnungsbestandspolitik seit den 1980er Jahren, die für Fachleute und wohnungspolitisch interessierte Laien eine ertragreiche Lektüre darstellen mögen, da sie auf Grundlage eines breiten Spektrums von veröffentlichten Materialien des Statistischen Landesamtes, des Senats und anderer Institutionen, wohnungspolitischer bzw. -wirtschaftlicher Fachzeitschriften sowie der lokalen Tagespresse erfolgen. Daß sich das wiedervereinigte Berlin zu Beginn der 1990er Jahre wohnungspolitisch in einer ähnlichen Ausgangslage wie West-Berlin nach der Spaltung der Stadt befindet – hohes Wohnungsdefizit, dringender Sanierungsbedarf großer Teile der Altbausubstanz, beträchtlicher Finanzierungsbedarf, ungeklärte Eigentumsfragen, Mietenproblematik (S. 24) – und daß es zur jetzigen Senatsstrategie keine grundsätzliche Alternative gibt, scheint danach auf den ersten Blick, wenig überraschend, in mancher Hinsicht plausibel. Die Beantwortung der im Titel gestellten, ohnehin problematischen Frage kann aber mit diesem Band nicht gelingen, da die historische Dimension allzu kurz kommt.

*Axel Schildt, Hamburg*

Stefan Zauner, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, Oldenbourg Verlag, München 1994, 351 S., brosch., 78 DM.

Über kein Gebiet der französischen Besatzungspolitik in Deutschland ist so viel geschrieben worden wie über die Bildungs- und Kulturpolitik. Rainer Hudemann hat sie zur »dritten Säule« der französischen Deutschlandpolitik neben der territorialen Sicherheits- und wirtschaftlichen Ausbeutungspolitik erklärt und versuchte so der vorherrschenden Auffassung entgegenzutreten, daß den Franzosen ihr Besatzungsgebiet in erster Linie als »Ausbeutungskolonie« gedient habe. In seiner Tübinger Dissertation über die französische Bildungspolitik in Deutschland in den Jahren 1945–1949 relativiert Stefan Zauner zu Recht die von Hudemann vorgetragene Neubewertung der französischen Besatzungspolitik. Erst Anfang 1948 sei die Bildungs- und Kulturpolitik zur »dritten Säule« der französischen Deutschlandpolitik avanciert. Vielleicht müßte man auch diese These noch einschränken, denn Zauner räumt schließlich selbst ein, daß die französischen Reformpläne nicht sehr erfolgreich waren. Im organisatorischen Bereich habe »wenig mehr als eine gewisse Vereinheitlichung der Gymnasien und ein modifiziertes Zentralabitur in Baden-Württemberg überlebt«. Mehr Widerhall fand die traditionelle Kulturwerbung der Franzosen. Die auf dem Gebiet des Jugendaustausches und der internationalen Begegnungen in Gang gesetzten Initiativen können als Vorläufer des Deutsch-Französischen Jugendwerkes angesehen werden.

Zauners besonderes Interesse gilt den Gymnasial- und Hochschulreformplänen des Directeur de l'Education Publique der französischen Militärregierung, Raymond Schmittlein. Für den Gaullisten der ersten Stunde und Vertrauensmann des Oberbefehlshabers Koenig war die Heranbildung neuer Eliten eine wesentliche Voraussetzung für den demokratischen Neubeginn in Deutschland. Deutschland brauchte neue Lehrer, die nicht mehr in konfessionellen Lehrerseminaren ausgebildet wurden, sondern in überkonfessionellen Lehrerbildungsanstalten nach dem Vorbild der Ecole Normale. Um die bestehenden Bildungsprivilegien zu beseitigen, entwickelte Schmittlein Pläne für eine umfassende Gymnasialreform, die auf die Einführung von Gesamtschulen hinausliefen. Humanistischer Bildung war gegenüber sturer Stoffhuberei, die einem autoritären Paukstil Vorschub leistete, Vorrang einzuräumen. Die traditionelle deutsche Universität glich in Schmittleins Augen einem »Fossil«. In Zukunft sollte es keine im »Treibhaus gezüchteten Professoren« mehr geben, »keine Dr. habil. mehr, die unter ein und demselben Chef groß geworden sind«. Durch die so entstandenen Abhängigkeitsverhältnisse sei eine Haltung kultiviert worden, die die deutschen Universitäten zu einem Hort des Nationalsozialismus habe werden lassen. Schmittlein strebte eine Umorganisation der deutschen Hochschulen entsprechend französischem Vorbild an. Ihm lag daran, aus der Hochschule wieder eine Universitas im klassischen Sinne des Wortes zu machen. Doch nicht einmal in Mainz, wo die Franzosen eine neue Hochschule nach ihren Plänen errichteten, ließ sich dieses Ideal verwirklichen.

Warum scheiterte Schmittlein mit seinen ehrgeizigen Projekten? Zauners Antwort darauf ist nicht immer befriedigend. Gewiß, die Besatzungsmacht stieß auf den erbitterten Widerstand katholisch-konservativer Kreise in Deutschland, die verbissen an der Bekenntnisschule und der konfessionellen Lehrerausbildung festhielten. Die Senate und Fakultäten der Universitäten sträubten sich gegen eine Hochschulerneuerung und verschleppten Neuberufungen. Aber warum arbeitete die französische Militärregierung nicht mit den politisch Verantwortlichen in Deutschland enger zusammen, die ihre Reformpläne weitgehend unterstützten? In dem Landeschef und Kultusminister Württemberg-Hohenzollerns, Carlo Schmid, hätte die französische Militärregierung, zumindest was ihre Hochschulreformpläne und die Abschaffung der Bekenntnisschule anging, einen kongenialen Partner gefunden. Zauner macht den »Argwohn«, den die Besatzungssituation auf beiden Seiten schuf, für das Scheitern einer deutsch-französischen Interessenkoalition auf dem Bildungs- und Kultursektor verantwortlich. Ein ausreichender Erklärungsgrund ist das nicht. Argwohn schuf nicht nur die Besatzungssituation, sondern auch das Auftreten der Franzosen als Kulturmissionare. Das Lesebuch, das die Franzosen Ende 1947 in der französischen Zone einführten, war so gestaltet, daß Carlo Schmid den Franzosen vorwarf, daß sie nach der wirtschaftlichen Demontage auch noch eine »geistige Demontage« des deutschen Volkes betrieben. Auch im Bereich der Kunst traten die Franzosen nicht nur als Förderer, sondern auch als Zensoren auf. Sie hatten ihre Pläne und Konzepte am Schreibtisch ausgearbeitet, ihre Kenntnisse über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland waren unzureichend. So schwankten sie in ihrer Beurteilung der politischen und geistigen Entwicklung in Deutschland zwischen Pessimismus und Optimismus. Sie beanspruchten ein Initiativ- und Kontrollrecht über das Bildungs- und Erziehungswesen und überließen letztlich die meisten Initiativen doch den Deutschen.

Wer sich über die französische Bildungs- und Kulturpolitik in Deutschland in den Jahren 1945–1949 informieren möchte, sollte Zauners Buch zur Hand nehmen. Aufgrund umfangreicher Archivrecherchen konnte er zahlreiche bisher unbekannt Details über Schmittleins Rolle als Directeur de l'Education Publique zutage fördern. Er hätte jedoch gut daran getan, die Reaktionen auf deutscher Seite mit zu berücksichtigen und sich nicht nur auf den innerfranzösischen Blickwinkel zu konzentrieren. Die Gründe für das Scheitern der Bemühungen französischer Bildungs- und Kulturpolitiker hätten sich dann genauer und plausibler nachzeichnen lassen.

*Petra Weber, Bonn*